



Politik

IWF warnt vor Verwendung eingefrorenen russischen Vermögen durch EU

8. Dezember 2025

2,8 Minuten Lesezeit

von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die europäischen Staats- und Regierungschefs aufgefordert, bei ihren Plänen zur Nutzung russischer Vermögenswerte nationales und internationales Recht zu beachten und warnt davor, das internationale Währungssystem zu untergraben.

In seiner jüngsten Pressekonferenz (<https://www.imf.org/en/news/articles/2025/12/05/tr-12042025-press-briefing-transcript-julie-kozack-director-communications-dept-dec-4-2025>) am 5. Dezember betonte der IWF auch die Notwendigkeit externer Finanzhilfen für die Ukraine, um Liquiditätsengpässe während des anhaltenden Krieges zu vermeiden. Julie Kozack, die Direktorin der Kommunikationsabteilung, sagte, der IWF begrüße die intensiven Diskussionen in Europa zur Unterstützung der Ukraine.

„Wir verfolgen diese Diskussionen natürlich aufmerksam, einschließlich der Optionen, die die Verwendung der Euroclear-Guthaben aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten vorsehen, während die zugrunde liegenden Ansprüche Russlands gewahrt bleiben“, sagte sie mit Blick auf den europäischen Plan.

Sie betonte jedoch: „Die Mitarbeiter und die Geschäftsführung des IWF haben stets darauf hingewiesen, dass alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwendung der eingefrorenen Vermögenswerte Russlands das internationale und nationale Recht respektieren und das Funktionieren des internationalen Währungssystems nicht beeinträchtigen sollten. Und wir sind sicher, dass die [russischen] europäischen Entscheidungsträger diese wichtigen Überlegungen würdigen.

„Und dann vielleicht noch abschließend zur Frage der Programmfinanzierung, um noch einmal zu betonen, dass die Mittel des IWF dazu dienen, die Zahlungsbilanz zu stützen, um das Wachstum wiederherzustellen, und dass sie nicht direkt mit der Rückzahlung ausstehender Schulden verbunden sind“, sagte Kozak.

„Sie dienen dazu, die Zahlungsbilanz insgesamt zu stützen.“

Viele europäische Staats- und Regierungschefs sowie die Europäische Kommission wollen auf 140 Milliarden Euro an eingefrorenen russischen Vermögenswerten zurückgreifen, um Reparationskredite an die Ukraine zu

finanzieren.

Dieser Plan stößt jedoch auf großen Widerstand. Belgien, wo der Großteil der Kredite von Euroclear, einer auf zentrale Wertpapierverwahrstellen (CSD) spezialisierten Finanzmarktinфраstrukturgruppe, gehalten wird, steht an der Spitze des [Widerstands \(https://brusselssignal.eu/2025/12/belgian-pm-well-not-saddle-belgium-with-billions-of-debt-over-russia/\)](https://brusselssignal.eu/2025/12/belgian-pm-well-not-saddle-belgium-with-billions-of-debt-over-russia/). Sowohl die Regierung als auch die Nationalbank haben vor den möglichen Folgen des Plans gewarnt.

Die Europäische Zentralbank verschärfte die Position Belgiens, indem sie sich weigerte, als Liquiditätsgarant für den Kredit zu fungieren. Die EZB sah darin einen Verstoß gegen ihr Mandat zur Wahrung der Währungsstabilität und eine direkte staatliche Finanzierung.

Heute forderten sieben europäische Staatschefs in einem Brief an die EU-Spitzenpolitiker, die russischen Vermögenswerte dennoch zu nutzen.

Die Staatschefs von Polen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Irland erklärten, die Nutzung der russischen Vermögenswerte sei die finanziell machbarste und politisch realistischste Lösung für die Finanzkrise der Ukraine.

„Seit Beginn der groß angelegten Invasion Russlands im Jahr 2022 hat Europa die Ukraine unerschütterlich unterstützt. Wir tun dies, weil es moralisch richtig ist, aber auch, weil Russlands imperiale Ambitionen die Sicherheit Europas über die Ukraine hinaus bedrohen“, erklärten sie.

Die Ukraine kämpfe „auch für unsere Freiheit und unsere Werte. Wir sind entschlossen, eine solide langfristige Unterstützung zu finden, die die Ukraine stärken wird“, fügten sie hinzu.

[ajay_suresh](#), CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

WERBUNG



Für eine Handvoll Rubel: Die Erpressung der EU-Kommission (<https://tkp.at/2025/11/07/fuer-eine-handvoll-rubel-die-erpressung-der-eu-kommission/>)

Gemeinsame „EU-Schulden“ sollen Ukraine retten (<https://tkp.at/2025/11/06/gemeinsame-eu-schulden-sollen-ukraine-retten/>)

Die große Enteignung – wie sich die EU auf Kosten ihrer Bürger sanieren könnte (<https://tkp.at/2025/12/03/die-grosse-enteignung-wie-sich-die-eu-auf-kosten-ihrer-buerger-sanieren-koennte/>)